Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Strafrechtspflege.
Herausgeber: Vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 9-3, Sonntags 10-12 Uhr. In Neustadt: Hauptstr. 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile kostet 0 Silbergroschen 15 Pfg., bei Wiederholungen aber nach Belieben 20 Pfg. Unter dem Strich (1spaltig) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen aus der Privatwelt Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Inserate wird nicht angeboten. Ausführliche Ankündigungen enthalten Beilagen oder Postversendung. Für Inserate einzelner Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Schriftliche Anfragen können nur mit beigefügter Briefmarke beantwortet werden. Expedition: Nr. 11.

# Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.
Dresden, 1890.

**Reise-** Koffer, Taschen, Necessaires, Decken, Hüte, Joppen, Havelocks, Staubmäntel, Gummimäntel
Robert Kunze, Special-Geschäft für Reise-Artikel, Altmarkt 1, Rathhaus.

**Telegramm.**
Herrn Troitzsch, Dresden, Marienstrasse.
Hiermit zolle Ihnen betreffs der Fähigkeit und Leistung Ihrer „Wasch-Maschine" meine vollste Anerkennung. Das Resultat war über unser Erwarten.
Cotta b. Dr., 3. Juli 1890.
Robert Willing nebst Frau.

Zum Einkochen von **Gemüsen** und **Früchten** empfehlen
**Excellenz-Conserve-Büchsen,**
deutsches R.-P. Nr. 40639, sowie Schrauben-Conserve-Büchsen.
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

**Moritz Hartung,**
Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Handarbeits- und alle Damenschneider-Artikel.

**Photographie von Hahn's Nachfolger,**
Waisenhausstrasse 34,
nahe dem Dippoldiswaldaer Platz.
Specialitäten: Kinder- u. Gruppen-Aufnahmen. Visitkarten-Photographien 12 St. von 6 M. ab. Vergrösserungen nach jedem Bild in künstl. Ausführung bis Lebensgrösse von 40 M. ab.

**Moritz Klingner** empfiehlt zur billigen und praktischen Reise **Reise-Fournierkoffer** als Unicum der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz. **Grösste Auswahl** von **Taschen-Necessaires etc.**
Augustusstrasse Nr. 4
(Bazar de voyage).

**Nr. 186. Spiegel:** Vertagung des Reichstags, Gewerbeschiedsgerichte, österreichische Landtagswahlen, Antisklaverei-Conferenz, Hofnachrichten, Stadtverordnetensitzung, Ferienkolonien, Yeger's und Neubauer's Verbrechen, Gerichtsverhandlungen. | **Sonnabend, 5. Juli.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Herzog in Dresden.

Ganz mit den Gebräuchen eines richtigen Schlusses ist die bloße Vertagung des Reichstages erfolgt. Der Unterschied zwischen Schluß und Vertagung besteht darin, daß es beim Wiederzusammentritt des Reichstages einer Eröffnung durch eine Thronrede nicht bedarf, ebensowenig der Wahl des Präsidiums und der festen Ausschüsse, auch nicht des Neudrucks der unerledigt liegen gebliebenen Vorlagen. Das Letztere ist das Wichtigste. Denn nun kann der Reichstag im November die Vorlagen dort wieder aufnehmen, wo sie im Juli abgebrochen wurden, sodaß die bisherigen Berathungen der Ausschüsse nicht für den alten Fritze gewesen sind. Der Ausschuß betr. des Arbeiterschutzgesetzes wird sogar 14 Tage, bevor der Vollreichstag zusammenkommt, die Vorlage von der jetzigen Abbruchsstelle an weiter fördern. Eine weitere Folge der bloßen Vertagung statt des richtigen Schlusses besteht darin, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten, soweit sie aus Berlin ausgewiesen sind, Berlin nicht mehr, wie früher kurz nach der letzten Sitzung zu verlassen brauchen, sondern sich unbehelligt dort aufhalten dürfen und zwar für immer. Ihre Abgeordneten-Eigenschaft unterbrach seither schon den Bann auf solange, als der Reichstag beisammen, d. h. nicht geschlossen war. Jetzt dauert dies bis über den 1. Oktober hinaus und an diesem Tage erlischt das Sozialistengesetz. Die Regierung hat keinen Versuch gemacht, dasselbe verlängern zu lassen, es ist also schweigend fallen gelassen worden.

Unter den von dem vertagten Reichstag beschlossenen Gesetzen verdient das betr. der Gewerbegerichte noch einige Worte. Mit ihm fand ein alter parlamentarischer Ladenhüter seine Erledigung; schon die Reichstage von 1873, 74 und 78 haben sich mit der Einsetzung von Gewerbegerichten beschäftigt. Es kam aber damals nicht zum Abschlusse, weil jene Zeit der Sozialreform nicht so günstig war wie die Gegenwart. Den heftigsten Widerspruch gegen das Gesetz in seiner jetzigen Gestalt erhoben die Freisinnigen und die Sozialdemokraten, die denn auch dagegen stimmten, erstere hauptsächlich weil es ihnen nicht gelang, die Innungsschiedsgerichte aus dem Gesetze zu beseitigen, letztere außerdem noch, weil den weiblichen Arbeitern nicht das Wahlrecht zu den Schiedsgerichten zugesprochen und betreffs der männlichen Arbeiter für das aktive Wahlrecht das 25., für das passive Wahlrecht das 30. Lebensjahr festgesetzt wurde. In den 75 Gemeinden, wo schon jetzt gewerbliche Schiedsgerichte bestehen, giebt es namentlich betreffs des Alters der Wähler und Beisitzer die verschiedensten Bestimmungen. Das neue Gesetz schafft die Einheitlichkeit. Keine einzige Partei hat ihre Wünsche voll durchgesetzt, einzelne Bestimmungen, wie sie zuletzt beschlossen wurden, werden Anfechtung erleiden, im Ganzen dient aber das Gesetz dem friedlichen Ausgleiche sozialer Gegensätze. Säumige Gemeinden können jetzt auch zur Errichtung von Gewerbegerichten gezwungen werden. Wenn die Betheiligten dies beantragen, dann schreitet die Landes-Centralverwaltung ein. Dieser Ausweg erscheint besser als die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte, die sowohl von den Sozialdemokraten, wie vom Centralverband deutscher Industrieller gefordert wurde, denn man müßte sonst auch da solche Gerichte schaffen, wo für dieselben kein Bedürfniß vorhanden ist. Dem Gewerbegericht sollen alle Gewerbetreibenden unterliegen, die Hausindustrie aber nur mit Beschränkungen. Die Arbeiter der staatlichen Militärwerkstätten sind im Interesse der Disziplin von den Gerichten ausgeschlossen. Die Gewerbegerichte sollen übrigens auch als Einigungskammern wirken, also Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag durch einen friedlichen Schiedsspruch entscheiden, namentlich bei drohenden Streiks. Es ist sehr zu wünschen, daß gerade diese Seite der Gewerbegerichte möglichst ausgebildet wird. Viel wird dabei von dem moralischen Eindruck und Gewicht des Gewerbegerichtes abhängen. Dem friedlichen Vergleiche dient auch die Bestimmung des Gewerbegerichts-Gesetzes, wonach der Vorsitzende des Gerichts das Recht haben soll, bei dem ersten Termin von der Zuziehung der Beisitzer abzusehen, wenn er die Sache durch Vergleich zu erledigen hofft. Schon jetzt werden da, wo Gewerbegerichte bestehen, fast die Hälfte bis zwei Drittel aller Streitfälle auf diese kurze Weise erledigt, was auch sehr begreiflich ist, denn die Schnelligkeit der Entscheidung ist ja mit eine Hauptaufgabe der Schiedsgerichte. Da die Gewerbegerichte und Einigungsämter eine wesentliche Ergänzung des Arbeiterschutzes bilden, so darf man hoffen, daß dieselben baldmöglichst allgemein in's Leben treten und im Interesse des sozialen Friedens wirken werden.

In verschiedenen Kronländern Oesterreichs haben in den letzten Tagen Wahlen zu den Landtagen stattgefunden. Die Wahlhandlung erstreckt sich dort auf mehrere Tage: an dem einen schreiten die Landgemeinden, am nächsten die Städte, am 3. und 4. der Großgrundbesitz und die Handelskammern zur Urne. Ein abschließendes Urtheil über den Gesammtausfall läßt sich zur Zeit noch nicht abgeben, doch haben die Deutschen alle Ursache, mit den bisherigen Erfolgen zufrieden zu sein. Besonders gilt dies von den mährischen Wahlen. Sie eroberten dort drei städtische Wahlkreise, sodaß sie im Landtage zu Brünn künftig über die absolute Mehrheit verfügen und nicht mehr auf die Gnade der sog. Mittelpartei, die oft mit den Czechen liebäugelte, angewiesen sind. Diese deutschen Wahlsiege sind ein hartes Stück Arbeit gewesen. Unsere deutschen Brüder hatten wie überall, so auch in Mähren, mit unendlichen Schwierigkeiten zu kämpfen; sie hielten aber dem scharfen Ansturm der Czechen fest Stand, sie ließen sich weder einschüchtern, noch verlocken, sie waren endlich einmal einig und hielten musterhafte Manneszucht. Die Czechen in Böhmen sind außer sich über die Niederlagen ihrer Stammesgenossen in Mähren. Sie sollten ihren Mißmuth bändigen. Es ist ja doch nur eine Folge der geschichtlichen Ereignisse, wenn in den Städten Mährens die Deutschen das Uebergewicht über die Czechen behaupten. In Mähren so gut wie in Böhmen sind die Städte größtentheils die Schöpfung eingewanderter Deutscher. Während aber in Böhmen die Wuth der Hussiten den deutschen Städten grauenvoll mitgespielt hat und in vielen derselben die deutschen Bewohner durch die siegenden czechischen Hussiten beraubt, verdrängt und ersetzt wurden, sind die deutschen Städte Mährens infolge schließlicher Niederlage der Hussiten dem gleichen ihnen zugedachten Schicksale entgangen. Die Deutschen haben also die naturgemäße Mehrheit in den mährischen Städten, die ihnen nur durch eigene Lässigkeit oder czechische Ränke entzogen werden kann. Auf dem platten Lande in Mähren aber so gut wie in Böhmen werden die Deutschen gut thun, sich künftig besser um die Bedürfnisse des Bauernstandes zu kümmern, sonst findet auch bei der deutschen bäuerlichen Bevölkerung die stark an's Sozialistische streifende jungczechische Agitation Eingang. Auch der Antisemitismus hat Erfolge bei den Wahlen, namentlich im Bauernstande erzielt. Die Auskoucherung der bäuerlichen Bevölkerung durch die Juden und den manchesterlichen Liberalismus treibt das Landvolk in die ausgebreiteten Arme der Antisemiten. Denn es ist Thatsache, daß die Führung der Deutschen in Oesterreich, insonderheit in Böhmen und in Wien, so mannichfach mit Judenthum und Freihandel verquickt ist, daß die Bevölkerung Alles zusammen in einen Topf wirft und in ihrer materiellen Noth Rettung bei den Antisemiten sucht.

Den Niederlanden haben, wie gemeldet, die in Brüssel zur Antisklaverei-Konferenz versammelten 17 Staaten Europas eine 6monatliche Frist offengehalten zur Unterzeichnung der Generalakte. Man nimmt an, daß diese trefflichen Beschlüsse zur Bekämpfung des Sklavenhandels auch dann in Kraft treten, wenn Holland sie nicht unterzeichnen sollte. Holland will es sich, wie gestern dargelegt, nicht gefallen lassen, daß der Kongostaat künftig Eingangszölle erhebt, deren er zur Bestreitung seiner Ausgaben und zu seinem Bestehen unumgänglich bedarf. Der Fall liegt nämlich so, daß Holland gar keine eigenen Besitzungen in Afrika hat, es ist also an der Ausführung der Maßregeln gegen den Sklavenhandel nicht als Staat betheiligt, sondern wird nur insofern davon berührt, als eine große holländische Privatgesellschaft in Westafrika mehrere Faktoreien hat und noch dem Kongostaat Handel treibt. Diese Gesellschaft hat außerdem dadurch brillante Geschäfte gemacht, daß sie den Sklavenhandel durch Einfuhr von Waffen und Munition unterstützt, die sie von der Westküste bis in's Herz Afrikas vertreibt. Wenn diesem schimpflichen Geschäfte der Holländer durch die Brüsseler Abmachungen ein Riegel vorgeschoben wird, dann um so besser! Man wird ja in 6 Monaten sehen, ob die Holländer sich wirklich mit der unauslöschlichen Schmach bedecken werden, als einziger Staat von christlicher Kultur nicht blos sich von den Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels auszuschließen, sondern ihnen sogar schnurstracks entgegenzuhandeln.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 4. Juli.

**Berlin.** Die „Hamb. Nachr." schreiben: Fürst Bismarck beabsichtigt nicht, das ihm angetragene Mandat zu übernehmen. Er dürfte sich überhaupt erst dann entschließen, in den Reichstag zu gehen, wenn mit Sicherheit abzusehen, daß er nicht in eine prinzipielle Oppositionsstellung zur jetzigen Regierung gerathen würde. Sollte diese Sicherheit bis zur Vornahme etwaiger Ersatz- oder Neuwahlen eingetreten sein, so würde der Fürst allerdings dem Antrag, ein Mandat aus einem nationalliberalen Wahlkreis anzunehmen, umsoweniger ausweichen, als er den Nationalliberalen in letzter Zeit näher getreten ist, als den Konservativen, welche, die Freikonservativen mit inbegriffen, in ihrem derzeitigen Verhalten dem Fürsten gegenüber stark an die Zeiten der „Reichsglocke" erinnern. — Der gestrige Sturm hat auf dem Festplatze des 10. Deutschen Bundesschießens arge Verwüstungen angerichtet. Das Gerücht, daß während des Wirrwarrs aus der Reptilienbude ein Krokodil entschlüpft sei, hat sich nicht bestätigt. — Der Deutsche Fleischer-Verbandstag in Schwerin faßte folgende Beschlüsse: An das Reichseisenbahnamt um Erlaß einer Verordnung zu petitioniren, daß Fleisch als verderbliche Waare in Spezialwagen in Eil- und Courzügen zu billigeren Frachtsätzen befördert werde; den Verbandsvorstand zu beauftragen, auf eine allgemeine deutsche Viehversicherung von Reichswegen hinzuwirken; ferner bei der Regierung dahin zu wirken, daß Kaufleute und Händler, welche die Einfuhr von Schweinen aus Rußland bewerkstelligen, Wanderlagersteuer zahlen. Mit 62 gegen 50 Stimmen wurde schließlich der Anschluß an den in Berlin domizilirenden Centralausschuß deutscher Innungen beschlossen. Der nächste Verbandstag soll in Metz stattfinden.

**Paris.** Die diplomatischen Verhandlungen mit Großbritannien wegen Zanzibar lassen eine beide Kabinete befriedigende Lösung voraussehen. Wahrscheinlich wird England an Frankreich eine der Antillen-Inseln abtreten und das französische Protektorat über Madagaskar anerkennen. — Heute hat der Prozeß gegen die vier verhafteten russischen Nihilisten begonnen. — Die Handelskammer in St. Etienne hat einen Preis von 10,000 Frcs. und die goldene Medaille dem Erfinder Paul Giffard für die Erfindung eines mit flüssigem Gas zu ladenden Gewehres ertheilt. Das System soll auch für die Artillerie in größtem Umfange verwerthbar sein. Die Ladung für 300 Schüsse kostet 10 Centimes. Giffard verkaufte das für Jagdwaffen anwendbare Patent an England und Amerika für je 1 Mill. Doll. Für die Kriegswaffen soll ein besonderes Modell bestehen, welches bisher geheim gehalten und Frankreich gesichert worden ist.

**London.** Das Oberhaus nahm in erster Lesung die Bill betreffend die Abtretung Helgolands an; die zweite Lesung findet nächsten Donnerstag statt.

**London.** Der „Standard" läßt sich aus Berlin melden, daß, sobald das deutsch-englische Abkommen in Kraft trete, die deutschen Hilfstruppen in Ostafrika auf 600 Mann reduzirt werden sollen, welche Anzahl als hinreichend für die Aufrechterhaltung der Ordnung erachtet wird, während ein Reichskommissar mit hinreichendem Personal zur Uebernahme der Civilverwaltung hinausgesandt wird.

**Petersburg.** Die Gesetzsammlung bringt ein kaiserliches Manifest, wonach das Postwesen Finnlands mit dem des russischen Reiches vereinigt wird, ferner ein neues temporäres Reglement für die Vertheilung des Reingewinnes der Eisenbahngesellschaften resp. über den Modus der Verwendung des Reingewinnes zur Tilgung der Forderung der Krone und zur Verabfolgung der Dividende.

Die **Berliner Börse** verlief sehr still, nur in Bergwerken und fremden Renten war einiges Interesse bemerkbar, letzteres auf ungünstige Einteberichte abgeschwächt. Banken wenig verändert, deutsche Bahnen schwächer, österreichische vorwiegend etwas besser. Für Bergwerke stimmte der günstige Düsseldorfer Börsenbericht animirend. Im Kassaverkehr waren Banken still, Eisenbahnen und Bergwerke schwächer, Industrien vielfach durch Realisationen gedrückt. Goldrig 1⅛ Proz. höher. Deutsche Fonds schwächer, österreichische Prioritäten besser. Privatdiskont 3¼ Proz. Nachbörse schwächer. — **Wetter:** Vormittag Regen, Nachmittags vorwiegend aufgeklärt, Westwind.

**Frankfurt a. M.** (Abends.) Credit 263,50, Staatsb. 203,50, Lomb. 119,40, Galizier —,—, Egypter 96,70, 4proz. Ung. Gold. 89,40, Disconto 223,10, Dresdn. Bk. 156,20, Laura 144,60, Italiener —,—. Behauptet.

**Paris.** (Schluß.) Rente 96,97, Anleihe 106,61, Italiener 95,55, Staatsbahn 518,75, Lombarden 309,00, do. Prioritäten —, Spanier 75¼, Egypter 484,06, Ottomanen 592,50, Escompte 625,00. Ruhig.

**Paris.** Produkten (Schluß.) Weizen per Juli 26,40, per Novbr.-Februar 24,10, ruhig. Roggen per Juli 16,50, per Januar-April 88,50, ruhig. Rüböl per Juli 48,75, per Januar-April 49,00, still.

**Amsterdam.** Produkten (Schluß). Weizen per November 213. Roggen per October 125, per März 121.

**London** (Produkten-Bericht). Getreide ruhig, englischer Weizen nicht angeboten, fremder fest. Mehl billiger, Gerste ruhiger, Hafer ziemlich nominell, fest. — Wetter: Schön.

## Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Königl. **Majestäten** kamen gestern Vormittag von Villa Strehlen nach dem Residenzschlosse, daselbst nahm der König Vorträge der Herren Staatsminister und Abtheilungsvorstände entgegen und ertheilte darauf an mehrere Offiziere Audienz, u. A. dem Herrn Generalmajor v. Friesen, sowie dem zur Dienstleistung hier anhaltlichen preußischen General der Kavallerie, Herrn v. Rosenberg. Letzterer wurde zu der Nachmittags 5 Uhr in Villnitz stattfindenden Hoftafel eingeladen.

— Se. Maj. der **König** stattete gestern früh in der achten Stunde, von Strehlen kommend, allein dem Zoologischen Garten einen halbstündigen Besuch ab. Im Garten begegnete Se. Majestät Herrn Direktor Schöpf und nahm nunmehr unter dessen Führung mit vielem Interesse die neuen Erwerbungen im Thierbestande in Augenschein.

— Stadtkommandant Generalmajor **Larras** hat bis mit 10. Juli einen Urlaub nach Thüringen und dem Rhein angetreten. Er wird vertreten bis 5. Juli durch Generalmajor von Wolf, Kommandeur der Artilleriebrigade Nr. 12, vom 5. Juli ab durch Generalmajor v. Naab, Kommandeur der 6. Infanteriebrigade Nr. 46.

— Herr Hofschneider **Emmrich** hier ist vom Erbgroßherzog von Oldenburg gleichfalls zum Hofschneider ernannt worden.

— Seitens des evangelisch-lutherischen Landesconsistoriums sind außer den bereits kürzlich erwähnten Anerkennungsurkunden solche noch dem Gutsbesitzer **Gärtner** und dem Mühlenauszügler **Opitz** in Lommitz bei Radeberg, sowie dem Strumpfwirkermeister **Zeh** in Heinrichsort bei Glauchau zu Theil geworden.

— In der vorgestrigen **öffentlichen Stadtverordnetensitzung**, unter Vorsitz des Herrn Geh. Hofrath Ackermann, erstattete der vereinigte Finanz- und Rechtsausschuß den von uns schon mehrfach erwähnten Bericht über den vom Rathe vorgelegten Entwurf einer „Ordnung über die Erhebung der Gemeinde- und Schulanlagen" (die Steuerreform). Im Ausschuß hatte sich bekanntlich eine Majorität und Minorität gebildet und Beide hatten Druckberichte geliefert, deren wesentlichsten Inhalt wir bereits wiedergegeben haben; ferner ist durch die Veröffentlichungen des Herrn St.-V. Emmrich und verschiedene Artikel, in denen die Steuerreform-Angelegenheit besprochen wurde, der Stand der Frage genugsam erklärt. Der Cardinalpunkt des bisherigen Steuerreformstreites, die Miethzinssteuer, ist nun vorgestern von den Stadtverordneten beseitigt worden; sie haben diese alte und in weiten Kreisen überaus unbeliebte Steuer, entgegen dem Wunsche des Rathes, grundsätzlich abgelehnt und beantragt, an ihrer Stelle die Einkommensteuer einzuführen. In diesem Punkt sowohl, wie in der Entschließung, die Grundsteuer mit den im Rathsentwurf entwickelten kleinen Erleichterungen grundsätzlich beibehalten zu wollen, folgte das Collegium der Majorität seines berichtenden Ausschusses, während es das Minoritätsgutachten, welches Beibehaltung der Miethzinssteuer im Sinne des Rathes empfahl, vollkommen fallen ließ. Die übrigen Bestimmungen des stadträthlichen Entwurfs, die vielfach formeller Natur sind, fanden gleichfalls, abgesehen von unwesentlichen Aenderungen, Annahme nach Vorschlag des Majoritätsberichtes. Es wird vielfach erkennen, daß die Miethsteuer fallen soll; indessen, sie ist noch nicht gefallen. Abzuwarten bleibt, was der Rath beschließen wird. Herr Bürgermeister Bönisch vertrat die Rathsvorlage in ausführlicher Weise. Ein Vorzug der Grund- wie der Miethzinssteuer sei, daß durch sie, soweit dies überhaupt möglich, die Verpflichtungen der Grundbesitzer wie der Miether verhältnißmäßig gerecht getroffen werden könnten. Man spreche immer von der Gerechtigkeit der Einkommensteuer und stelle die Miethzinssteuer als eine völlig ungerechte hin. Das sei nach beiden Richtungen übertrieben. Er sei nichts weniger als ein Gegner der Einkommensteuer, hier aber scheine sie ihm weniger empfehlenswerth als die Miethzinssteuer. Vollkommen sei keine Steuer! Welche Schwächen die Einkommensteuer habe, dafür gebe er unter vielen anderen folgendes Beispiel. Zwei Männer, die ganz gleiches Einkommen beziehen (z. B. je haben beide ein Gehalt von 3000 Mk.) zahlen infolge dessen auch den gleichen Einkommensteuerbetrag, wenn auch der eine der Männer zwei oder drei Kinder zu erziehen hat, der andere aber allein steht. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Er verwendet sich dringend dafür, die Miethssteuer jetzt noch zu belassen; es würden sich ja vielleicht auch bezüglich ihrer Erhebungsart Erfahrungen sammeln lassen, die nutzbar gemacht werden könnten. Er bespricht sodann mehrere der in aller Welts Munde befindlichen Vorwürfe gegen die Miethzinssteuer und kommt schließlich zu der Mittheilung, daß sich seiner Ueberzeugung nach im Rathskollegium keine Neigung für Aufhebung der Miethzinssteuer zeigen werde. Es sei dies aber für die ganze Steuerreform insofern äußerst wichtig, als die Steuerbestimmung lediglich der Vereinbarung der städtischen Collegien überlassen sei und es hier keine entscheidende Oberinstanz gebe; wenn sich also beide Collegien nicht zu einigen vermöchten, habe einfach Alles beim Alten zu bleiben. Das etwaige Beharren der Stadtverordneten bei dem Verlangen der gänzlichen Aufhebung der Nutzsteuer würde also nur die Vollendung der Reform hinausschieben. — Die weitverzweigte Abneigung gegen die Miethzinssteuer ließ sich indessen durch die bürgermeisterlichen Darlegungen nicht beschwichtigen und so wurde, wie gesagt, die alte Steuer von

**Friedrich & Gläser,**
Zwingerstr. 15, Schäferstr. 74 und Löbtau.
Spez.-Geschäfte f. Lacke, Firnisse u. Farbenartikel, eigene Fabrikation